



**Stadt
Luzern**

Grosser Stadtrat

**Grosser Stadtrat
2. Sitzung vom 27. September 2012
Ergebnisse**

E-Mail

Print- und AV-Medien
Stadt Luzern

Medienmitteilung

Luzern, 27. September 2012

Anlässlich der 2. Ratssitzung des Grossen Stadtrates vom 27. September 2012 wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die dringliche Behandlung der Motion 359, David Stalder und Mitunterzeichner/innen, vom 10. September 2012: „Für eine faire BZO-Abstimmung“ wurde abgelehnt. Die Motion soll im Rahmen der BZO behandelt werden.
2. Der Geschäftsbericht des Grossen Stadtrates von Luzern über das Amtsjahr 2011–2012 wurde beschlossen.
3. Der Bericht und Antrag 22/2012 vom 30. Mai 2012: Initiative „Kein Südzubringer für die Stadt“ wurde beschlossen. Die Initiative wurde abgelehnt.
4. Der Bericht und Antrag 24/2012 vom 11. Juli 2012: „Reglement zur Umsetzung der Übertragung der Abfallbewirtschaftung an den Gemeindeverband Recycling Entsorgung Abwasser Luzern REAL, Umsetzungsreglement REAL, Änderung“ wurde beschlossen.
5. Der Bericht und Antrag 27/2012 vom 16. August 2012: „BZ Dreilinden Haus Pilatus, Umbau/Sanierung“ wurde mit zwei Protokollbemerkungen beschlossen.
6. Die Interpellation 297, Luzia Mumenthaler-Stofer und Andreas Wüest namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 21. Februar 2012: „Zur Einhaltung von Mindestlöhnen für KITAS“ wurde beantwortet.

Stadt Luzern
Kommunikation
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 83 00
Fax: 041 208 85 59
E-Mail: kommunikation@stadtluzern.ch
www.kommunikation.stadtluzern.ch

7. Das Postulat 278, Theres Vinatzer und Melanie Setz namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 9. Januar 2012: „Vereinbarkeit von Beruf und Angehörigenbetreuung“ wurde überwiesen.
8. Die Interpellation 294, Luzia Mumenthaler-Stofer, René Meier und Nina Laky namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 9. Februar 2012: „Raumbedarf für Aktivitäten und Projekte im Quartier“ wurde beantwortet.
9. Die Interpellation 299, András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 24. Februar 2012: „Was kostet das SVP-Referendum zum Budget 2012?“ wurde beantwortet.
10. Das Postulat 286, Daniel Furrer und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 24. Januar 2012: „CarSharing als wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen, integrierten Verkehrspolitik“ wurde teilweise überwiesen.
11. Die Interpellation 300, András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 24. Februar 2012: „Städtebau und Fussgänger in der Tribsenstadt. Wann kommen Verbesserungen?“ wurde beantwortet.
12. Das Postulat 258, Mara Wiedemann und Jonathan Winter namens des Kinderparlaments, vom 5. Dezember 2011: „Antrag um finanzielle Unterstützung der Schülerzeitung „Kiz-Blitz“ durch die Bildungsdirektion“ wurde teilweise überwiesen.
13. Das Postulat 271, Daniel Furrer, Luzia Vetterli und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Philipp Federer und Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 3. November 2011: „Keine Sparmassnahmen auf Kosten unserer Kinder“ wurde abgelehnt.
14. Das Postulat 334, Mara Wiedemann und Livio Sabatini namens des Kinderparlaments, vom 4. Mai 2012: „Keine Sparmassnahmen bei den Kinderspielplätzen“ wurde abgelehnt.
15. Der Bericht und Antrag 29/2012 vom 16. August 2012: „Volksschule: Entwicklung und Konsequenzen“ wurde beschlossen.
16. Der Bericht und Antrag 30/2012 vom 16. August 2012: Tagesstrukturen in der Volksschule: „Entwicklungen und Konsequenzen“ wurde beschlossen.
17. Der Bericht und Antrag 25/2012 vom 16. August 2012: „Schulraumbedarf Stadtteil Littau, Provisorium Schultrakt ‚Gasshof‘, Luzernerstrasse 145a“ wurde beschlossen.

18. Das Postulat 302, Nico van der Heiden und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Ali R. Celik und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, vom 5. März 2012: „Eine durchgehende Busspur vom Pilatusplatz bis zum Luzernerhof“ wurde überwiesen.
19. Das Postulat 301, Nico van der Heiden, Melanie Setz und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Christian Hochstrasser und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 5. März 2012: „Mehr Veloabstellplätze an der Bahnhofstrasse“ wurde überwiesen.
20. Die Interpellation 305, Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 9. März 2012: „Velo-Vermietung ist keine Staatsaufgabe“ wurde beantwortet.
21. Das Postulat 306, Katharina Hubacher und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 12. März 2012: „Begegnungszone vor der Uni“ wurde abgelehnt.